

diskriminiert?

beleidigt?

bedroht?

beraubt?

Mann, ruf an!

Köln 19228

Schwules Überfalltelefon Köln 19 228

Wir beraten dich.

Wir vermitteln Hilfen.

Wir sammeln die
Meldungen zur Gewalt.

- auch im Internet:

www.koeln19228.de



**Köln 19228 - Schwules Überfalltelefon
Anti-Gewalt-Bericht 2005**

Inhalt

I.	<u>Ausgangslage 2005</u>	S. 3
I. 1	Mediale Blitzlichter 2005	
II.	<u>Erfolge und Misserfolge des SÜT Köln 19228 in 2005</u>	S. 11
II. 1	Reaktionen auf den Anti-Gewalt-Bericht 2004	
II. 2	Strukturelle Herausforderungen in 2005	
III.	<u>SÜT- Kooperationen 2005</u>	S. 12
III. 1	Das SÜT im sozialen Netzwerk	
III. 2	Entwicklung in der Zusammenarbeit mit der Kölner Polizei	
III. 3	Zusammenarbeit mit der Landeskoordination	
III. 4	Erfassung von antischwuler Gewalt bei Polizeibehörden in Köln/NRW?	
III. 5	Entwicklungen beim LKA	
III. 6	Entwicklung der Schwulen Überfalltelefone in NRW	
IV.	<u>Opferhilfe 2005 – Beratung, Hilfe und Dokumentation</u>	S. 17
IV. 1	Was ist antischwule Gewalt?	
IV. 2	Zahlen zur antischwulen Gewalt: Übersichten – Anmerkungen	
•	Fallzahlen	
•	Gewaltformen	
•	Orte antischwuler Gewalt	
•	Altersverteilung der Ratsuchenden	
•	Altersverteilung der Täter	
•	Täter-Opfer-Verhältnis	
•	Monat der Gewalttat	
•	Meldemotivation	
•	Vom SÜT geleistete Hilfe	
•	Anzeigenhandling	
•	Geschlecht Täter	
•	Meldeperson	
IV. 3	Interne Schlussfolgerungen	
V.	<u>Perspektiven / Ausblick</u>	S. 27

I. Ausgangslage 2005

Es können vereinzelt Zweifel aufgekommen sein, ob denn heutzutage Antigewalt-Arbeit in der Homosexuellenszene noch notwendig ist, schließlich leben wir in einem Rechtsstaat mit ausgeprägtem Demokratieverständnis und Würde vor dem Menschen. In der Fachliteratur gehen zwar die Zahlen antischwuler Gewalt auseinander, sind aber immer noch brisant. So ist zu lesen, dass:

- **„jeder 3. Schwule im Laufe seines Lebens mindestens einmal Opfer eines Gewaltdeliktens wird“** (Vgl. „Berliner Forum Gewaltprävention“ Nr.16 von Jens Dobler; o.J.),
- **„jede 4. lesbische Frau und jeder 10. schwule Mann körperliche Angriffe und Bedrohungen erlebt hat“.** (Vgl. „Psychosoziale Beratungsarbeit für Leben, Schwule und deren Angehörige in NRW“ vom Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW; 2002).

Diese Zahlen zeigen deutlich, dass unsere Gesellschaft noch weit entfernt ist von der Eingliederung sozialer Randgruppen und nach wie vor der dringende Bedarf nach präventiver Antigewaltarbeit für Homosexuelle sowie entsprechenden Opferhilfen und sozialpolitischer Arbeit besteht.

Dieser Aufgabe will sich, in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl an Institutionen und Einrichtungen, das Schwule Überfalltelefon Köln 19228 stellen.

Das "Schwule Überfalltelefon Köln 19228" (kurz: SÜT Köln 19228) berät seit 1992 Opfer und Zeugen antischwuler Gewalt. Die Aufgaben des Schwulen Überfalltelefons sind seit seiner Gründung die telefonische und persönliche vertrauliche Beratung, konkrete Hilfe für die Opfer und die Dokumentation antischwuler Gewalt – auch über Köln hinaus.

Die Beratungsarbeit erfolgt in erster Linie telefonisch, persönliche Einzelberatungen werden auf Wunsch aber ebenfalls vereinbart. In 2005 konnten wir weiterhin die zweimal wöchentliche Besetzung des SÜT Köln 19228 sicherstellen: montags von 19.00 bis 21.00 Uhr und donnerstags von 18.00 bis 20.00 Uhr.

Das Schwule Überfalltelefon Köln 19228 ist langjähriges Mitglied des Arbeitskreises der Opferhilfen in Deutschland (ado) und Mitglied des im November 2002 in Berlin gegründeten „Arbeitskreis der Schwulen Überfalltelefone und schwulen Antigewaltprojekte in Deutschland (ASAD)“. Die modellhaft für Köln entwickelten Konzepte einer schwulen Opferhilfe-Arbeit, einer Zusammenarbeit mit der Polizei sowie Maßnahmen der Gewaltprävention fanden in den letzten Jahren in verschiedenen regionalen Projekten Anwendung („Kölner Modell“). Die in 2003 begonnene Zusammenarbeit mit der im Rubicon angesiedelten „Landeskoordination der Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule in NRW“ wurde fortgesetzt.

Wir verstehen uns als parteiische Anti-Gewalt- und Opferhilfeeinrichtung. Antischwule Gewalt stellt für uns eine direkte Folge von schwulenfeindlichen Traditionen dar. Gewalt gegen Schwule kann deswegen nicht losgelöst von dieser Tradition verstanden werden.

Dieser Bericht hat u. a. den Schwerpunkt "Was ist antischwule Gewalt?" und einen Ausblick auf weitere Entwicklungen in der Arbeit.

I.1 Mediale Blitzlichter 2005

Anti-Gewalt-Arbeit und ein Jahresbericht sind eingebunden in die aktuelle (mediale) Gesellschaft.

Vergleicht man die Lebenswirklichkeit und die Darstellung Schwuler in den Jahren 2004 und 2005 in den Massenmedien, kommt man zu dem erschreckenden öffentlichen Meinungsbild: Schwule sind tuntig, leben versteckt ihre Sexualität aus und müssen sich teilweise ihre „Liebe“ kaufen – sichtbar werden sie durch Promis oder TV- „Vorzeigeschwule“, die präntiös ihre Probleme und sexuellen Vorlieben in Talkshows und „Beratungssendungen“ veröffentlichen.

Januar 2005 – Mord an Rudolph Moshhammer

Spektakulär reagierten die Medien auf die Ermordung des Münchner Modeschöpfers Rudolph Moshhammer in der Nacht vom 13. auf den 14. Januar 2005.

Am selben Abend gab es ausführliche Berichte, z.B. im Internet und bei RTL- „Exklusiv“, die über Moshammers Kontakte zu Strichern „informierten“. Es wurde unterstellt, dass nur dies ein Beweggrund für einen Mord sein könnte. Fest stand dabei schon zu diesem Zeitpunkt, dass es sich eindeutig um keinen Raubmord handelte. Am nächsten Tag setzen sich in Printmedien entsprechende Berichte fort. Wie man dem BILD-Artikel entnehmen kann (s.u.), wurde das Privatleben von Rudolph Moshhammer mittels hohen Schweigegeldes an Sexpartner vor der Presse geschützt.

Francesco (18)

Ich war einer von seinen Sex-Jungen

In der Münchner Society war es lange bekannt – Rudolph Moshhammer war homosexuell, er stand auch auf Sex mit minderjährigen Jungen. Einer von ihnen spricht jetzt in BILD!

Francesco, ein Junge mit dunklen Haaren, war gerade 14 Jahre alt, als er eine Nacht mit dem Modekönig verbrachte. Der Sex-Junge berichtet:

„Rudolph Moshhammer war in der Szene bekannt. Ich kenne noch zwei weitere Jungs, mit denen er Sex hatte. Der große Vorteil bei Moshhammer war, daß er aus Angst vor Enthüllungen immer sehr gut bezahlt hat. In der Regel gab es 250 Euro für ein Treffen.“



Francesco (18) bekam von Moshhammer 250 Euro für den Sex in einer Pension

(Quelle: BILD, online und Print-Ausgabe vom 15.01.05)

Das Opfer hatte nach seiner Ermordung keinen Einfluss mehr auf solche Berichte (die nun wiederum mit gutem Geld u.a. von BILD erkaufte wurden), umso interessanter wird daher die Betrachtung, mit welcher Perspektive Journalistinnen und Journalisten das Thema angingen.

Bezeichnend: das Mitgefühl mit dem Geschehen, dem tragischen Tod von einem im Grunde traurigen Menschen, hielt sich gegenüber einem nicht geouteten Homosexuellen in Grenzen. Fast machten die Überschriften in „BILD“ und „Express“ den

Ermordeten lächerlich – dem Hund „Daisy“ wurde dagegen höchstes Mitgefühl entgegen gebracht.

Wie vor 30 Jahren war von "Homosexuellen-Milieu" die Rede, so als gäbe es kein Lebenspartnerschaftsgesetz oder als sei der § 175 zur Verfolgung homosexueller Handlungen immer noch existent. Die Behauptung, dass im Homosexuellen-Milieu ermittelt würde, ist zumindest sprachlich völliger Unsinn- das gibt es ebenso wenig wie ein "Heterosexuellen-Milieu". Darüber hinaus zementierten solche Phrasen unbewusst (?) Klischees über Homosexuelle, die damit kollektiv verunglimpft wurden. Der LSVD wandte sich diesbezüglich an den Deutschen Presserat und drängte auf Verhaltensregeln gegen diskriminierende Berichterstattung.



(Abb. Links: Titelseite Express, Abb. Oben: BILD, beide vom 15.01.05)



Schließlich bezeichnete „BILD“ im Innenteil der Zeitung vom selben Tag im Zusammenhang mit einer Überschrift das Verhalten von Rudolph Moshammer als „Sünde“, dass er nicht die Wahrheit gesagt habe, homosexuell zu sein (Zeitung vom 15.01.05, S. 5). Dieses „bizarre Doppelleben“ wurde tagelang auch von „Spiegel TV“ wie zahlreichen TV-Boulevardmagazinen ausgeschlachtet.

Als bereits am folgenden Tag der Täter aufgrund von DNA-Spuren von der Polizei festgenommen wurde, zitierten Meldungen über das Motiv des Täters dessen Aussage häufig nicht als Tatsachenbehauptung, sondern als Tatsache, nach der angeblich Moshammer vorher vereinbarte 2000 € für sexuelle Handlungen nicht zahlen wollte. Insbesondere in der Nachrichten-Sendung von RTL und Texten der Boulevard-Presse wurde es nicht für nötig erachtet, wenigstens Formulierungen zu verwenden wie: „Nach Aussagen des Täters ...“. Es passte offenbar ins Weltbild dieser Presse, dass dies ein realistisches Motiv für die Tat gewesen sei. Schließlich schwang gegenüber dem Opfer mit seinem angeblichen „bizarren Leben“ der moralisierende Unterton mit: „Selbst schuld. Das konnte ja nicht gut gehen.“

Januar 2005 – Langzeitstudie: wachsende Abneigung gegenüber Lesben und Schwulen bei Deutschen

Fast 40 Prozent der Deutschen stört es, wenn sich Lesben oder Schwule in der Öffentlichkeit küssen. Zu diesem Ergebnis kam eine Langzeitstudie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG). Bereits zum dritten Mal wurden die neuesten Ergebnisse dieses fächerübergreifenden Forschungsprojekts unter der Leitung des Bielefelder Soziologieprofessors Wilhelm Heitmeyer veröffentlicht. 3.000 repräsentativ ausgewählte Deutsche wurden befragt, was sie von bestimmten in Deutschland lebenden Gruppen halten. Dabei stimmten über 37 Prozent der

Befragten der Aussage zu, es sei ekelhaft, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen. Das ist ein leichter Anstieg gegenüber 2003 und ein deutlicher gegenüber 2002. Damals stimmten nur 33 Prozent der Befragten dieser Aussage zu. Eine ähnliche Entwicklung stellte man auch bei anderen Fragen zu Lesben und Schwulen fest. So waren zum Beispiel 19 Prozent der Befragten der Ansicht, dass Homosexuelle selbst schuld seien, „wenn man etwas gegen sie hat“.

Während Frauen im Durchschnitt fremdenfeindlicher, rassistischer und islamophober urteilten als Männer, blieb Homophobie eine Männerdomäne. Bei Aussagen gegen Homosexuelle stimmten Männer eher zu als Frauen. Auch Alter und Herkunft spielten eine Rolle. Ältere hatten eher etwas gegen Lesben und Schwule als Jüngere, Ostdeutsche eher als Westdeutsche.

Doch die wachsende Ablehnung traf auch Juden, Muslime oder MigrantInnen. Beate Küpper, die das Kapitel „Feindselige Frauen“ verfasst hatte, wies darauf hin, dass alle Minderheiten unter dem negativeren Klima zu leiden hatten: „Abwertungen können von einer auf die andere Gruppe gleichsam ‚überspringen‘“, erklärte sie. „Je nach Zeitgeist rückt die eine oder andere Gruppe ins Licht der Öffentlichkeit und kann Ziel von Anfeindungen werden.“ Muslime seien davon derzeit am meisten betroffen.

Sie verwies auch auf den engen Zusammenhang zwischen der wachsenden Feindlichkeit gegenüber Minderheiten auf der einen und wachsender sozialer Spaltung in Deutschland auf der anderen Seite: Wer Angst habe, seine soziale Stellung einzubüßen, brauche jemanden, auf den er heruntersehen kann. „Vorurteile und Stereotype zementieren Ungleichheit und werden daher aktiviert“, fasste Küpper die Ergebnisse zusammen. „Männer könnten Homosexuelle als bedrohlich empfinden, gerade dann, wenn diese sichtbar im Status steigen“, vermutete sie. Demnach liege es auch an prominenten Schwulen, dass die Umfragewerte so unerfreulich ausgefallen seien: „Gerade ältere Männer, die es gewohnt sind, ganz automatisch zu den höheren Statusgruppen zu zählen, könnten Homosexuelle als Konkurrenz auf diesen Plätzen erleben.“ (Quelle: Philip Eicker. In: <http://www.siegessauele.de/nachrichten>, 26.01.05)

April 2005 – Kardinal Ratzinger wird Papst Benedikt XVI.

VORSICHT:
Gefährlicher Eiferer mit erheblichen Nebenwirkungen auf die Demokratie

**Das beste Mittel gegen Ratzinger:
Eintreten in den LSVD!**

Kardinal Ratzinger diffamiert die Eingetragene Lebenspartnerschaft als "Legalisierung des Bösen". Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) bietet den Hasstiraden des Vatikans Paroli. Mit Aktionen, Protesten und Pressearbeit.

Damit Ratzinger und seine Erfüllungsgehilfen in der deutschen Politik keine Chance haben, müssen Lesben und Schwule sich organisiert wehren. Je stärker der LSVD wird, desto besser können wir weitere Schritte zur Gleichstellung durchsetzen.

"Es ist nicht gut, dass der Mensch allein bleibt" (1. Buch Mose 2, 18). Das gilt auch für die Politik. **Nur gemeinsam sind wir stark.**
Deshalb: Jetzt eintreten in den LSVD!

www.lsvd.de

LSVD
Lesben- und Schwulenverband

Nach dem Tod von Johannes Paul II. verkündete der Vatikan am 19. April die Wahl des deutschen Kardinals Joseph Ratzinger zum Papst. Von diesem erhofften sich die Mehrheit der Deutschen eine Wende vom

(Postkarte einer LSVD-Kampagne)

dogmatischen Ratzinger zum reformfreudigen Papst Benedikt XVI. Als zuständiger Kardinal der Glaubenskongregation bezog er bis dahin im Vatikan kontinuierlich Stellung gegenüber Homosexuellen und der „Homo-Ehe“, die angeblich Ehe und Familie gefährdeten.

Die homosexuelle Szene reagierte auf die Wahl mit gemischten Gefühlen. Während einige Verbände vorsichtigen Optimismus äußerten, waren andere bestürzt und besorgt. Fest steht jedenfalls, dass der neue Papst schon früher als konservativer Chefdenker der katholischen Kirche galt und von daher wenig Reformfreude seinerseits bezogen auf homosexuelle Thematiken zu erwarten ist.

Mai 2005 – Wechsel nach NRW-Landtagswahl

Die Landtagswahlen in NRW ergaben einen Regierungswechsel von Rot-Grün zu Schwarz-Gelb. Dadurch ergaben sich Sorgen bei der weiteren Finanzierung und Förderung homosexueller Projekte. Laut den Wahlversprechen, will die FDP keine Abstriche vornehmen, die CDU eine Überprüfung der Ausgaben zwecks Haushaltskonsolidierung durchführen.

Wir hoffen, dass uns – trotz Regierungswechsels – zukünftige „schleswig-holsteinische Verhältnisse erspart bleiben:

„Am 04. Juni nahm ein VelsPol- Bundesvorstandsmitglied (Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter) auf Einladung an der CSD- Infomeile in Kiel teil.

Es wurde polizeiliches Präventionsmaterial und Infobroschüren zum Thema Homosexualität der Gewerkschaft der Polizei offeriert. Dabei trug er ein Baseballkappe sowie eine Ziviljacke mit der Aufschrift „Polizei“, jedoch ohne Länderabzeichen. Der Einsatzleiter der Polizei, bei dem es sich um den Kieler Inspektionsleiter handeln soll, schickte Polizeibeamte vor und ließ anordnen, dass die Kollegen am Infostand die Kleidungsstücke mit der Aufschrift „Polizei“ ausziehen, weil sie „nicht im Dienst seien“. Des Weiteren wurden die Kollegen videografiert und Polaroidfotos gemacht.

Der Beamte der den Auftrag zur Videoaufnahme hatte, hielt einen großen Sicherheitsabstand zum Infostand und lief schließlich schnell weg, als unser VelsPol-Mitglied in seine Richtung ging, um mit ihm zu sprechen. Neben der rechtswidrigen Anordnung des Einsatzleiters stellt sich die Frage, seit wann Interessensvertretungen und Gewerkschaften als staatschutz-feindliche Organisationen behandelt und unter Einsatz technischer Mittel festgehalten werden? Welche Ängste hat ein - für die Polizei hochdotierter- Einsatzleiter, der sich nicht einmal traut, mit schwulen Polizisten persönlich Kontakt aufzunehmen?

Wird hier eine Taktik gefahren, rechtswidrige Maßnahmen erst durchzusetzen, weil den Betroffenen letztes nur eine Beschwerde übrig bleibt, die sowieso keine Konsequenzen für den Einsatzleiter hat?“

(Quelle: www.velspol.de)

Mai 2005 - Strassenbahnübergriff

Nach einem schwulenfeindlichen Übergriff suchte die Polizei drei junge Täter. Auch acht Tage nach dem Übergriff in der Straßenbahn sorgte der Vorfall für Wirbel. Während sich ein Zeuge über die angeblich „ungeheuerliche“ Behandlung durch eine

Polizistin beklagte, fahndete die Polizei nach den drei Tätern und bat auch das Opfer, das sich vor dem Eintreffen der Beamten entfernt hatte, sich zu melden (0221 / 229-0).

Kurz vor 23 Uhr waren drei junge Männer am Neumarkt in eine Bahn der Linie 1 eingestiegen. Sie pöbelten einen etwa 30 Jahre alten Fahrgast an, beleidigten ihn als „schwule Sau“ und schlugen ihm in den Nacken, berichtet ein Augenzeuge. Dieser sei dazwischen gegangen, zeitgleich habe er mit seinem Handy den Polizeinotruf gewählt. Als einer der Angreifer nach ihm geschlagen habe, rief er: „Hau ab, ich hab' die Bullen am Apparat!“ Dies bekam die Polizeikommissarin am Ende der Leitung mit. „Sie reagierte aufgebracht und maßregelte mich: »Das heißt Polizisten, nicht Bullen«. Schließlich legte sie, vermutlich schwer beleidigt, auf“, schildert der Anrufende. Erst nach seinem zweiten Notruf sei zwölf Minuten später ein Streifenwagen eingetroffen. „Da waren die Täter längst geflüchtet.“

Polizeisprecher Jürgen Göbel zur Aufnahme des Notrufs: „Der Anrufer war aufgebracht und schwer zu verstehen. Die Beamtin hat nicht einfach aufgelegt, es war alles gesagt. Sie hat einen Streifenwagen alarmiert, der drei Minuten später am Rudolfplatz eintraf.“ Pro Schicht nehmen zehn Polizisten im Präsidium die Notrufe entgegen. „Im vorliegenden Fall“, so Göbel, „hat die Beamtin absolut souverän reagiert.“

Juni 2005 - Papst Benedikts erste Stellungnahme gegen „Homo-Ehe“

Papst Benedikt XVI. hat sich am Montag, den 07.06.2005 erstmals in seinem neuen Amt gegen die Homo-Ehe ausgesprochen. "Die verschiedenen Formen der Auflösung der Ehe - wilde Ehen, Ehen auf Probe sowie Pseudo-Ehen zwischen Menschen des gleichen Geschlechts - sind Ausdrücke einer anarchischen Freiheit, die sich selbst fälschlicherweise als die wahre Befreiung des Menschen darstellen", sagte der frühere Joseph Kardinal Ratzinger auf einer Konferenz über die Rolle der Familie in Rom. "Pseudo-Freiheiten" wie gleichgeschlechtliche Ehen gingen auf eine "Banalisierung des menschlichen Körpers" und des Menschen an sich zurück. Bei der Ehe zwischen Mann und Frau handele es sich nicht lediglich um eine "zwanglose soziologische Einrichtung", sondern eine Institution, die tief im menschlichen Wesen verwurzelt sei, betonte der Papst. Bereits als Präfekt der Glaubenskongregation hatte sich Ratzinger 2003 vehement gegen homosexuelle Verbindungen und deren rechtliche Anerkennung eingesetzt.

Vertreter der grünen Bundestagsfraktion und des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD) haben die Kritik des neuen Papstes an der Homo-Ehe zurückgewiesen. "Das eigentliche Problem der päpstlichen Homosexualitätslehre ist, dass sie keinen Respekt vor der homosexuellen Existenz hat", schrieb etwa Volker Beck, parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen in einer Pressemitteilung. Die Haltung gegenüber Schwulen und Lesben sei von "theologischer Unbarmherzigkeit und pharisäerhafter Überheblichkeit" gekennzeichnet. "Die Beschimpfung der gleichgeschlechtlichen Ehen als 'Pseudo-Ehen', die Ausdruck einer 'anarchistischen Freiheit' seien, zeigt, dass der Papst weder von Freiheit noch Verantwortung etwas versteht und vor einer Beleidigung der Homosexuellen nicht zurückschreckt", so Beck. Die katholische Morallehre verliere durch "ihre lebensfremde Haltung zu

Homosexualität an Überzeugungskraft". Joseph Ratzinger setze seine "beleidigenden Hasspredigten" gegen Homosexuelle als Papst fort, kritisierte auch Manfred Bruns, Sprecher des LSVD. Es sei "bestürzend, wie eifernd sich der neue Papst gegen die Bürgerrechte von Lesben und Schwulen wendet". Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) fordert Papst Benedikt XVI. auf, einzuhalten und umzukehren. "Die vom Hass diktierte homosexuellen-feindliche Politik der katholischen Kirche muss endlich beendet werden", so Bruns. "Mehr noch: Die Kirche muss sich ihrer Mitverantwortung für Jahrhunderte der Homosexuellenverfolgung stellen."

August 2005 – Katholischer Weltjugendtag

Zum 20. katholischen Weltjugendtag in Köln fand eine Demonstration von schwulen und Lesben gegen die homophoben Einstellungen der katholischen Kirche statt.

Eine große Anzahl von Schwulen und Lesben versammelten sich, bepackt mit Trillerpfeifen und Regenbogenfahnen, direkt an der Strasse der Route die Papst Benedikt bei seinem Umzug durch die Stadt einnehmen wollte.

Der WDR, einziger Sender für die Bereitstellung der Live-Bilder von dem Umzug, zeigte jedoch an entsprechender Stelle, trotz guter Kameraposition, niemanden von der schwul-lesbischen Demonstrantenmenge, sondern zoomte in das Papstmobil und zeigte jubelnde Menschen eines anderen Platzes.

Seitens diverser Homosexuellenverbände und einzelner Personen hagelte es daraufhin Kritik an der Berichterstattung des WDR. Leider zeigten die Proteste wenig Wirkung, denn der WDR-Fernsehdirektor Hr. Deppendorf argumentierte anschließend, dass: „spontanes Reagieren auf 'Randereignisse' im Fernsehen nicht immer möglich“ seien.



(Foto: www.queer.de)

Oktober 2005 – Verwaltungsgericht gegen Gleichstellung

Das Bremer Verwaltungsgericht hatte die Klage eines Mannes zurückgewiesen, der auf Hinterbliebenen-Versorgung des Bundes klagte. Der 34-jährige Mann war eine Lebenspartnerschaft mit einem pensionierten Soldaten eingegangen, der 2004 starb. Daraufhin verlangte der Kläger eine Hinterbliebenen-Versorgung mit den Argumenten der verfassungswidrigen Ungleichbehandlung und dem Verbot vor Diskriminierung wegen der sexuellen Ausrichtung im Berufsleben.

Das Bremer Verwaltungsgericht verwies darauf, dass der Gesetzgeber Ehe und Familie bevorzugen dürfe, zwar seien Lebenspartnerschaften im Rentenrecht den Ehen gleichgestellt, dies gelte aber nicht für Soldaten und Beamte. Die Hinterbliebenen-Versorgung sei allerdings auch keine Versicherungsleistung, sondern

müsse vom Staat finanziert werden. Der Klägeranwalt kündigte daraufhin Berufung an.

Dezember 2005 – Grüne bringen ADG in Bundestag ein

Die Bündnisgrünen brachten das Antidiskriminierungsgesetz erneut in den Bundestag ein. Die Abgeordneten Irmingard Schewe-Gerigk und Volker Beck teilten mit, dass der Gesetzesentwurf dem bereits in der vergangenen Legislaturperiode von Rot-Grün verabschiedeten Entwurf entspräche. Das ADG war nach seiner Verabschiedung im Bundestag vom unionsgeführten Bundesrat gestoppt worden. "Behinderte, ältere Menschen, Juden, Lesben und Schwule sollen nicht vom Diskriminierungsschutz beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen ausgeschlossen werden.

II. Erfolge und Misserfolge des SÜT Köln 19228 in 2005

II. 1 Reaktionen auf den Anti-Gewalt-Bericht 2004

Taz Köln, RIK, Up-Town und der Kölner Stadt-Anzeiger berichteten ausführlich über unseren Anti-Gewalt-Bericht 2004.

Wir bekamen positive Rückmeldungen über den seit Jahren wieder einmal ausführlicheren Bericht, der wie eine Bestandsaufnahme aufgefasst wurde. Anrufer bedankten sich zum Teil und meldeten nachträglich Übergriffe aus dem Jahr 2004. Ein Bürger spendete 100,- €, von denen u. a. ein neuer Anrufbeantworter angeschafft werden konnte.

Schließlich ist sogar einer der neuen SÜT-Mitarbeiter durch die Lektüre des Berichts in 2005 zu uns gestoßen.

Anmerkungen in unserem Bericht 2004 betrafen sowohl das verringerte Engagement von Seiten des LKA NRW als auch Präventions- und Akzeptanzkampagnen, z.B. eine stärkere Förderung von Schul-Projekten wie „Aufgeklemmt“. Auch die Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Kölner Polizei war ein wichtiger Aspekt.

Im Anti-Gewalt-Bericht 2004 schilderten wir homophobe Äußerungen und das Ansingern von Marschliedern bei der Polizei Köln. Die Forderung des whk (wissenschaftliches humanitäres komitee) nach staatsanwaltlichen Ermittlungen in ihrem an und für sich zu begrüßenden Brief an den Kölner Polizeipräsidenten Steffenhagen waren sicherlich nicht im Interesse des Opfers von Diskriminierung, das sich anonym auf der Internetseite von Velspol geäußert hatte. Da die Gefahr bestand, dass das Opfer durch Durchsuchungen bei Velspol gegen seinen Willen in die Öffentlichkeit gezerrt wurde.

Das unterscheidet Opferhilfe von politischer Arbeit: Im Zweifelsfall steht für uns das betroffene Individuum an erster Stelle.

Einige unserer Vorschläge und Bemühungen blieben auch in 2005 ungehört oder nicht umgesetzt, so die bundesweite Dokumentationsstelle, die Erörterung einer wissenschaftlichen Studie bzgl. anti-homosexueller Gewalt oder ein bundesweites Treffen der lesbisch-schwulen Anti-Gewalt-Projekte. Aber auch die Idee, „dass u.a. (!) auch die Kölner Geschäfte, die von Kölnern mit Migrationshintergrund betrieben werden, einen Aufkleber mit einem Zeichen oder Motto anbringen, der deutlich macht: ‚Auch Homosexuelle sind hier willkommen‘.“ (Anti-Gewalt-Bericht 2004; S.

22), wurde kontrovers diskutiert, aber nicht realisiert. Im Gespräch mit dem Team SÜT Köln 19228 brachte ein Redakteur eines Schwulen-Magazins den Vorschlag ein, Regenbogenaufkleber von entsprechenden Geschäften anbringen zu lassen und darüber einen Artikel zu verfassen.

II. 2 Strukturelle Herausforderungen in 2005



In den ersten drei Monaten fiel ein Berater durch ein Auslandspraktikum in der Beratung aus. Dadurch musste die Beratung von nur zwei Beratern übernommen werden.

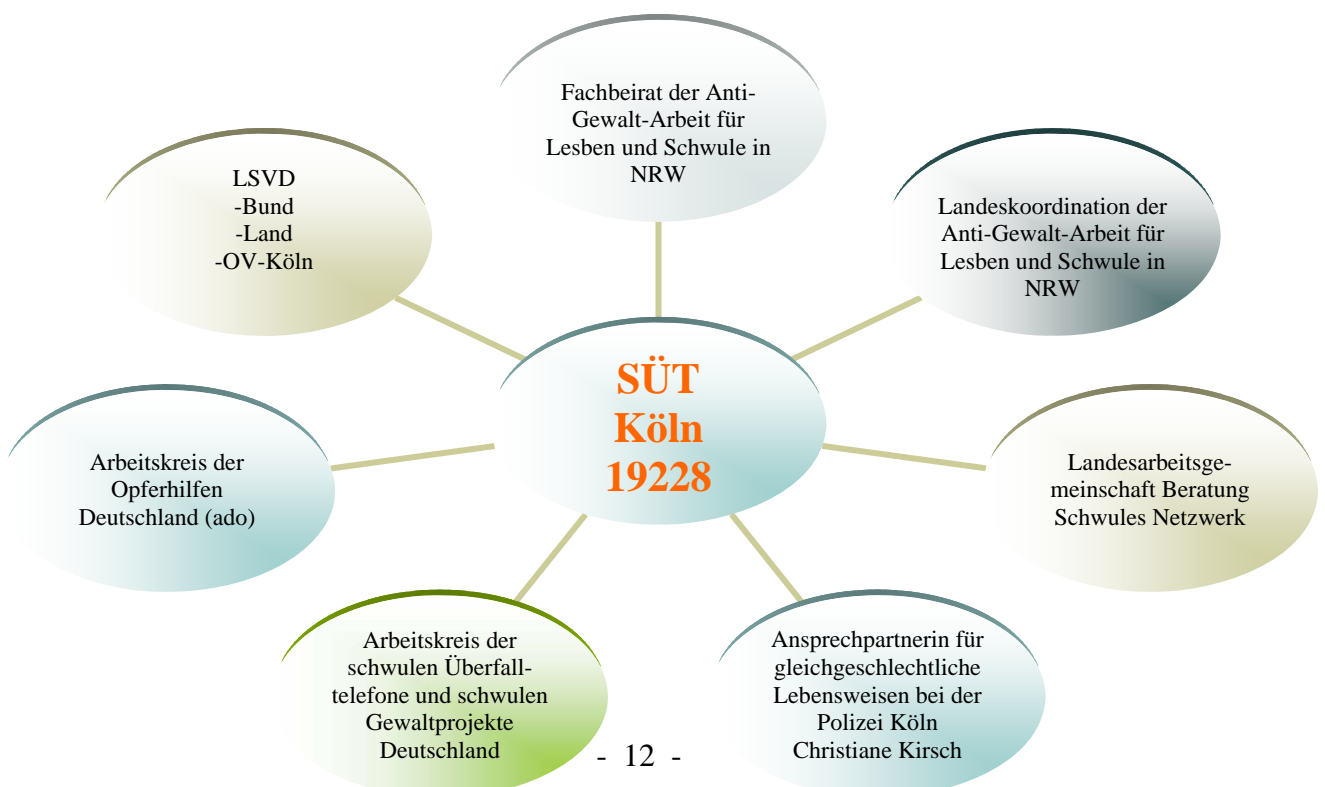
Im April sowie im Mai stießen zwei neue ehrenamtliche Mitarbeiter zum SÜT-Team.

Die Mitarbeiter-Grundausbildung für neue Mitarbeiter – in dieser qualifizierten Weise erstmals wieder seit 2000 durchgeführt (Rechtsfragen, Verarbeitung von Gewalterfahrungen, aktives Zuhören etc.), ist noch weiter im Prozess.

III. SÜT- Kooperationen 2005

III. 1 Das SÜT im sozialen Netzwerk

Das Schwule Überfalltelefon Köln 19228 ist durch seine langjährige Beständigkeit in einer Vielzahl von unterschiedlichen Netzwerken vertreten. Zur Bestandsaufnahme dieses Berichtes sollen auch die Netzwerkverbindungen aufgezeigt werden:



LSVD (Bund, Land, OV-Köln):

Das Schwule Überfalltelefon Köln ist an den LSVD auf Bundes- Landes- und Ortsverbandsebene angeschlossen. Der LSVD hat die bundeseinheitliche Nummer 19228 eingerichtet und arbeitet engagiert an der Bekämpfung sowie Prävention antihomosexueller Gewalt in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Gremien, wie zum Beispiel den Überfalltelefonen.

Arbeitskreis der Opferhilfen Deutschland (ado):

Der Arbeitskreis der Opferhilfen, kurz ado, ist ein Zusammenschluss unterschiedlicher, professionell arbeitender Opferhilfeeinrichtungen in Deutschland. Im ado, der seit 1988 besteht, arbeiten unter anderem Einrichtungen aus folgenden Arbeitsbereichen mit: Projekte, die Opfer rechtsextremer Gewalt unterstützen und beraten, Einrichtungen, die Opfer antihomosexueller Gewalt unterstützen und betreuen sowie Beratungsstellen für männliche wie weibliche Kriminalitätsoffer aller Deliktarten.

Arbeitskreis der schwulen Überfalltelefone und schwulen Gewaltprojekten Deutschland (ASAD):

Der ASAD ist ein Zusammenschluss der schwulen Überfalltelefone Deutschlands. Eingangs als Medium und Plattform der Kommunikation und politischen Arbeit der Telefone gedacht, ist der Arbeitskreis, nicht zuletzt durch die schwindende Zahl an Überfalltelefonen, nur noch bedingt arbeits- und handlungsfähig.

AnsprechpartnerIn für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei Köln

Der/Die AnsprechpartnerIn für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei Köln ist unter anderem unser/e AnsprechpartnerIn bei Problemen von Opfern mit der Kölner Polizei.

Landesarbeitsgemeinschaft Beratung (LAG) Schwules Netzwerk:

Das SÜT Köln ist kein direktes Mitglied im LAG, es ist aber ein reger fachlicher Austausch zwischen den beiden Projekten zu verzeichnen.

Landeskoordination der Anti-Gewalt-Arbeit gegen Schwule und Lesben in NRW:

Die Landeskoordination der Anti-Gewalt Arbeit gegen Schwule und Lesben in NRW ist ein landesweiter Fachdienst zum Thema Gewalt gegen Lesben und Schwule mit folgenden Schwerpunkten: Information, Dokumentation, Vorbeugung, Zusammenarbeit mit der Polizei, Weiterentwickeln der Hilfsangebote.

Fachbeirat der Anti-Gewalt-Arbeit in NRW:

Der Fachbeirat der Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule in NRW begleitet als Expertengremium inhaltlich die Arbeit der Landeskoordination und gibt Anstöße für die Weiterentwicklung der Anti-Gewalt-Arbeit in NRW.

Das Süt Köln vertritt dabei die anderen SÜTs aus NRW im Fachbeirat.

III. 2 Entwicklung in der Zusammenarbeit mit der Kölner Polizei

Nachdem wir im Jahr 2004 einen leichten Anstieg der gemeldeten Übergriffe registriert hatten und in unserem Anti-Gewalt-Bericht bei der Kölner Polizei sogar "strukturelle Rückschritte" im Bereich der Verbrechensaufklärung ausmachten, bemühte sich die Polizei Köln um verbesserte Kooperation und Verbrechensbekämpfung.

Christiane Kirsch, die Ansprechpartnerin für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, ermöglichte uns ein Gespräch mit dem Leiter der Bezirksteam, Kohlgrüber. Beim Bezirksteam Waidmarkt hatte es im Bereich der Altstadtwirte Festnahmen gegeben und das Team wollte nun Präventionsbemühungen mit uns vertiefen.

Daraufhin regten wir für den Herbst ein Gespräch zwischen Szene-Wirten der Altstadt, dem SÜT und der Polizei an.

Eine Beteiligung des Schwulen Überfalltelefons Köln 19228 an einer Wiederauflage früheren „Bierdeckel“-Aktion mit der Polizei Köln scheiterte an mangelnden Finanzen.

III. 3 Zusammenarbeit mit der Landeskoordination

Die im Mai 2003 begonnene gute Zusammenarbeit mit der vom Sozialwerk Köln/Rubicon übernommenen Aufgabe der Landeskoordination NRW in der Anti-Gewalt-Arbeit von Lesben und Schwulen wurde im Jahr 2005 fortgesetzt.

Auch in 2005 wurden wieder Anzeigen des Schwulen Überfalltelefons Köln 19228 über die Landeskoordination der Antigewaltprojekte gefördert durch das Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, geschaltet.

III. 4 Erfassung von Homosexuellen bei Polizeibehörden in Köln/NRW?

Während wir uns noch im letzten Jahr, auch im Anti-Gewalt-Bericht 2004, offen zeigten für die Erfassung von antischwuler Gewalt bei der Polizei-Anzeigenaufnahme und voraussetzten, dass dies – wie in den USA, bei der Erfassung von Hassverbrechen ohne die Verknüpfung personenbezogener Daten („Rosa Listen“) möglich sei, schreckte uns die erste Meldung von VelsPol über das Integrationsverfahren Polizei IGVP (das von der Polizei eingesetzte Vorgangs- und Verwaltungsprogramm) auf. Denn das Innenministerium NRWs hat die Speicherungsmöglichkeiten Nr. 900 "Aufenthalt von Dirnen" und 901 "Aufenthalt von Homosexuellen" in das Programm aufgenommen. Nach heftigen Protesten diverser Homosexuellenverbände (vor allem des VelsPol) wurden jedoch



die Nummern 900 und 901 aus dem Katalog genommen und alle bis dahin vorgenommenen Einträge gelöscht. Die Schlüsselnummer 902 „Strichplätze“ soll weiter genutzt werden, um orts- bzw. deliktsbezogene Brennpunkte erkennen und präventive Maßnahmen einleiten zu können.

In der Presse konnte man folgendes dazu lesen (Quelle: www.queer.de):

08.06.2005

„Köln: Der Skandal um elektronische Rosa Listen bei der Polizei weitet sich aus. Bis jetzt war nur bekannt, dass in der in Bayern, Thüringen und Nordrhein-Westfalen eingesetzten Software "IGVP" der "Aufenthalt von Homosexuellen" gespeichert und eingeschränkt abgefragt konnte. Nun kritisiert der VelsPol, der Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter, dass in der Ergänzungssoftware "PVP" zusätzlich möglich ist, einem vermeintlichen Datensatz "Täter" unter "Täterrolle" die Katalogs-Option "Homosexueller" zuzuordnen. "Das kann eine Strafanzeige, aber auch eine simple Ordnungswidrigkeitenanzeige sein", sagte VelsPol-Sprecher Horst Reulecke gegenüber queer.de, bezieht sich aber anders als der Homo-Code beim Programm "IGVP" nicht auf Geschädigte oder Zeugen. "Es ist erschreckend festzustellen, dass Homosexuelle als Tätergruppe gespeichert werden können obwohl Homosexualität seit 1968 kein Straftatbestand mehr ist und der letzte Rest des § 175 StGB 1994 abgeschafft wurde", kritisiert VelsPol. Es sei "sorglos", wie NRW und Thüringen die Vorgaben des Programms aus Bayern übernommen hätten, und auffällig, dass "Erfassungen spezifischer Hassdelikte zum Schutz von Homosexuellen" nicht existierten. Der Verband kritisierte, dass das Bundeskanzleramt auf Anfrage von VelsPol nur mitteilte, man sei nicht zuständig, da die Polizei Ländersache sei. Der Verband hat nun die Innenministerien aller Länder aufgefordert, die entsprechenden Codes ersatzlos zu streichen.“

Die genauen Hintergrundinformationen über die Speicherungsmöglichkeiten sind auf der Homepage des VelsPol Deutschland (velspol.de) und VelsPol NRW (velspol-nrw.de) unter der Rubrik „Archiv“ veröffentlicht.

III. 5 Entwicklungen beim LKA

Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Landeskoordination der Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule in NRW stand die Diskussion um das zukünftige Konzept der Polizei zum Thema „Gewalt gegen Lesben und Schwule“ und die Klärung der daraus folgenden Zusammenarbeit mit dem Anti-Gewalt-Netzwerk in NRW (siehe Jahresbericht 2004).

Dies erfolgte zunächst im Rahmen von bilateralen Gesprächen der Landeskoordination mit der Leitung des Dezernats Vorbeugung im Landeskriminalamt und den lesbisch-schwulen Vertretern des Anti-Gewalt-Netzwerkes.

Im Rahmen einer gemeinsamen Diskussion im Fachbeirat der Anti-Gewalt-Arbeit konnten folgende wichtige Ergebnisse erzielt werden:

- Die Polizei verfolgt als neuen Ansatz die polizeiinterne Sensibilisierung für den Umgang mit unterschiedlichen Zielgruppen wie MigrantInnen, Menschen mit Behinderung, Lesben und Schwulen sowie alten Menschen. Dies sollte mit Hilfe eines entsprechenden Aufklärungsfilmes geschehen, der u.a. in Fortbildungen eingesetzt werden kann. Bei der Erstellung des Filmes sollten Fachbeirat und Landeskoordination einbezogen werden. Dies ist bis dato noch nicht geschehen.
- Aufgrund einer Haushaltssperre zum Ende des Jahres konnte dieses Projekt im Jahr 2005 nicht mehr realisiert werden. Ob im Jahr 2006 noch einmal Mittel für die zielgruppenspezifische Prävention bereitgestellt werden ist derzeit noch unklar.
- Der Fachbeirat steht einer zielgruppenübergreifenden Sensibilisierung innerhalb der Polizei grundsätzlich positiv gegenüber. Er fordert jedoch weiterhin ein zielgruppenspezifisches, nach außen gerichtetes Präventionskonzept für Lesben und Schwule und möchte darüber mit dem Innenministerium und Landeskriminalamt im konstruktiven Dialog bleiben.
- Es wird vorerst keine Neuauflage der Kampagne „Liebe-verdient-Respekt“ geben.
- Da Lesben und Schwule im Fall von Gewalt nach wie vor starke Vorbehalte gegenüber einer Anzeige bei der Polizei haben, kommt den Ansprechpartnern und Ansprechpartnerinnen für Lesben und Schwule bei der Polizei eine wichtige Rolle zu. Aufgrund der fehlenden Verpflichtung der Behörden, AnsprechpartnerInnen für gleichgeschlechtliche Lebensweise zu benennen, hat sich deren Zahl mittlerweile stark reduziert. 23 Kommissariate in NRW halten jedoch nach wie vor dieses für Lesben und Schwule wichtige Angebot vor.

III. 6 Entwicklung der Schwulen Überfalltelefone NRW

Insgesamt gibt es in ganz NRW nur noch in Köln, Bonn und Düsseldorf Überfalltelefone. Das Bonner Telefon ist an das Schwulen- und Lesbenzentrum Bonn angeschlossen, das Düsseldorfer Telefon arbeitet, ebenfalls wie das Kölner Telefon auf „selbstständiger“ Basis. Des Weiteren gibt es eine Vielzahl an anderen Schwulen- und Lesbenprojekten mit der Thematik anti-homosexuelle Gewalt in NRW, die allerdings durch unterschiedliche bzw. andersgerichtete Konzepte andere Schwerpunkte setzen.

Die weiteren Planungen für das Jahr 2006 sehen vor, die drei Standorte zu behalten.

Opferhilfe 2005 – Beratung, Hilfe und Dokumentation

IV. 1 Was ist antischwule Gewalt?

Antischwule Gewalt bedeutet

- traditionell:
Straftaten aufgrund von Ablehnung der männlichen Homosexualität („Hassverbrechen“)+ diskriminierende Behandlung staatlicher Stellen (Polizei)

- Erweiterung des Gewaltbegriffs:
In den letzten Jahren entwickelte sich, nicht zuletzt durch die Europäische Union, ein neues Verständnis des Gewaltbegriffs. So gilt als Gewalt nicht nur eine Straftat nach juristischer Definition, sondern auch Ausgrenzung, Ablehnung, Diskriminierung und ähnliches. Am Beispiel der EU-Richtlinien zur Antidiskriminierung kann das neue Verständnis veranschaulicht werden:
Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität.

Bei der Suche nach einer passenden Definition ist es sinnvoll, beide Begriffe erst einmal für sich zu sehen.

Unter Gewalt versteht man die Einwirkung auf einen oder mehrere andere/n Menschen, der/die dadurch geschädigt wird/werden. Als Gewaltformen werden psychische oder physische, personale oder strukturelle, direkte oder indirekte unterschieden (Quelle: www.wikipedia.de).

Antischwules Verhalten bedeutet ablehnendes Verhalten der männlichen Homosexualität unter sozialen, psychischen und emotionalen Gesichtspunkten.

Aber auch Intoleranz kann als Gewalttat im weitesten Sinne verstanden werden, denn sie findet meist Ausdruck in Worten und Taten und kann schnell eskalieren und somit nicht nur zu psychischen, sondern auch physischen Konsequenzen bei den Betroffenen führen.

Im Jahresbericht des Anti-Gewalt-Projektes NRW vom Jahre 1995 werden unter Formen antischwuler Gewalt folgende Tatbestände formuliert:

- Beleidigung/mdl. Bedrohung, Drohanrufe und Drohbriefe, Erpressung, Raub (mit und ohne Körperverletzung), Körperverletzung, sexuelle Nötigung, versuchter Mord/ Totschlag und Mord/ Totschlag.

1995 wurden erstmals Tatbestände durch folgende Formen antihomosexueller Gewalt ergänzt:

- Diskriminierung, Psychoterror/ Mobbing, Diebstahl und Sachbeschädigung

Aber es stellt sich nicht nur die Frage, welche Gewaltformen unter antischwuler Gewalt verstanden werden sollten, sondern es gilt auch, den Opferkreis zu definieren.

Denn nicht nur Schwule werden Opfer dieser Gewaltakte, sondern ebenfalls

- Männer, die für schwul gehalten werden, Männer, die Verhaltenseisen zeigen, die aus der subjektiven Sicht der Täter/ des Täters als schwul gelten oder aber auch Objekte von oder für Schwule (vgl. Studie über Antischwule Gewalt in NRW; 1995)

So lässt sich feststellen, dass antischwule Gewalt nicht nur die reine physische Verletzung eines (vermeintlichen) Schwulen ist, sondern weiter reicht bis hin zum Mobbing, Terrorisieren oder Belästigen.

In wie weit Stalking in diesen Bereich fällt, gilt es noch zu definieren, da es zwar als solches eine indirekte Gewaltform darstellt, aber nicht konkret antischwules Verhalten aufzeigt.

Letztlich darf in Bezug auf die Definition von antischwuler Gewalt auch die subjektive Sicht des Opfers nicht vergessen werden. Gewalt und ihre Formen sind zwar für Außenstehende, wie Behörden, Gerichte oder die allgemeine Öffentlichkeit meist definierbar, doch für den einzelnen Betroffenen macht es nicht zwingend einen Unterschied, ob seine Gewalterfahrung im Rahmen des Strafrechts verhandelt wird oder nicht. Das Opfer hat Ängste, Befürchtungen, gegebenenfalls Schmerzen oder andere Arten von Beeinträchtigungen, die im Rahmen der parteiischen Opferhilfe ernst und wichtig genommen werden müssen.

Im Grunde gilt es nun, die Neu- bzw. Umbewertung des Gewaltbegriffs auch im Namen der Einrichtung darzustellen. So bewirkt der Name Schwules Überfalltelefon die fälschliche Annahme, dass die Mitarbeiter ausschließlich physische männliche (schwule !) Gewaltopfer unterstützen.

Doch dem ist nicht so, denn eine Vielzahl der von uns notierten Kontakte beziehen sich auf Aspekte psychischer Gewalt (s. Punkt IV.3) ebenso wurden auch lesbische Gewaltopfer vom SÜT Köln 19228 beraten.

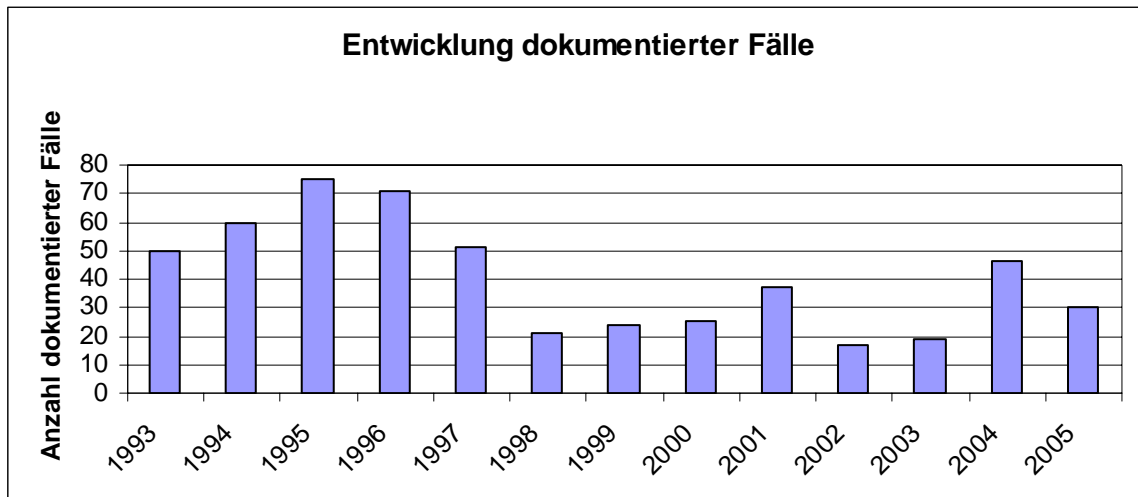
IV. 2 Zahlen zur antischwulen Gewalt: Übersichten – Anmerkungen

➤ Vorwort zur Empirie:

Die von uns ermittelten Zahlen können nur als Orientierung dienen, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass die tatsächliche Anzahl antihomosexueller Übergriffe auch uns gemeldet wird („Dunkelziffer“). Von daher zeigen unsere Daten auch nur einen Trend gegenüber der homosexuellen Szene Kölns. Um den Daten des SÜT Kölns, auch in der Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen wie beispielsweise der Polizei Kölns oder der Landeskoordination der Anti-Gewalt-Arbeit

für Lesben und Schwule in NRW, größeres Gewicht zu verleihen, sind wir auf die Hilfe der Community angewiesen und bitten auch hier schon, Opfer oder deren Zeugen, Freunde und Bekannte Gewaltformen uns zu melden. Näheres Siehe Punkt V.

- **Fallzahlen:**

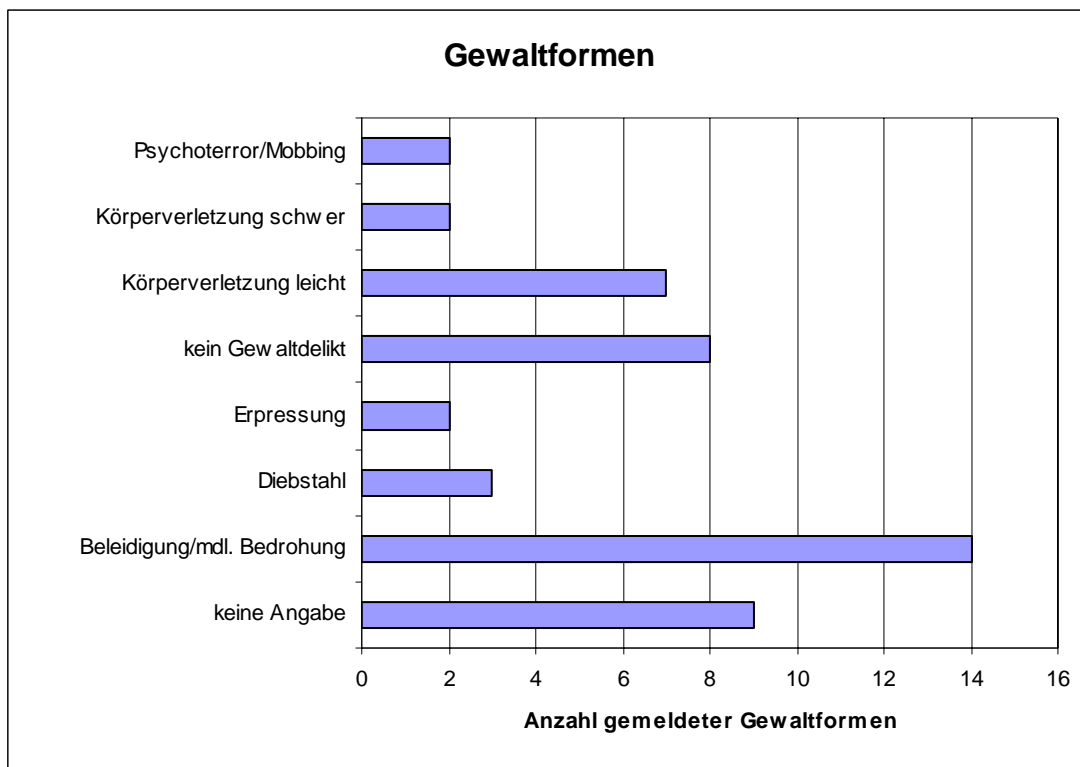


Bei den Zahlen, die das SÜT Köln 19228 dokumentiert, wird zwischen „Kontakten“ und „Fällen“ unterschieden. Kontakte sind sämtliche Formen der Kommunikation seitens des SÜT mit anderen Personen. Darunter fallen unter anderem Gespräche mit Hilfesuchenden, die in dem Sinne keine Gewalt erlebten, sondern Hilfe andere Art, wie zum Beispiel bei Coming-Out Problemen, suchten und wir an die „richtige“ Stelle weitervermittelten. Im Jahr 2005 konnten wir unter dieser Definition 70 Kontakte verzeichnen.

Unter „Fälle“ versteht das SÜT Köln 19228 Hilfeleistungen, bei denen ein nach weiter oben genanntes definierbares Gewaltdelikt vorliegt. Wobei es zu bedenken gilt, dass erstens, wie weiter oben beschrieben, Gewalt ein breit gefächertes Begriff ist und zum zweiten die Art der Hilfe unterschiedlicher Natur gewesen sein kann (s. Punkt IV.1).

Generell kann gesagt werden, dass die Anzahl der erfassten anti-homosexuellen Gewaltübergriffe zu dem vorherigen Jahr gesunken ist und bei 30 Fällen liegt (2004 46 Fälle). Ob tatsächlich weniger Gewalttaten stattgefunden haben oder ein sinkender Bekanntheitsgrad des SÜT Köln 19228 Grund für den Rückgang darstellt, wird noch erarbeitet werden müssen.

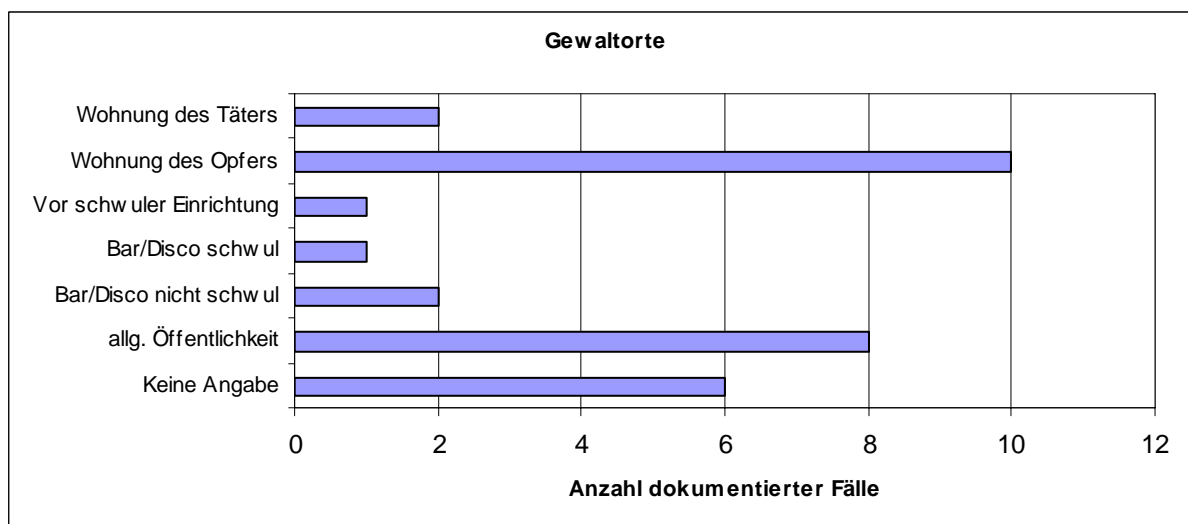
• **Gewaltformen:**



Unter dem Punkt Gewaltformen sind auch Mehrfachnennungen möglich.

Es ist zu erkennen, dass der Schwerpunkt der Gewaltdelikte 2005 Beleidigungen, Bedrohungen und leichte Körperverletzungen darstellte. Damit ist die Anzahl der Erpressungen und schweren Körperverletzungen zum Vorjahr deutlich rückläufig (2004: Körperverletzung schwer 7 und Erpressung 8 Fälle), was als äußerst positive Entwicklung zu bewerten ist.

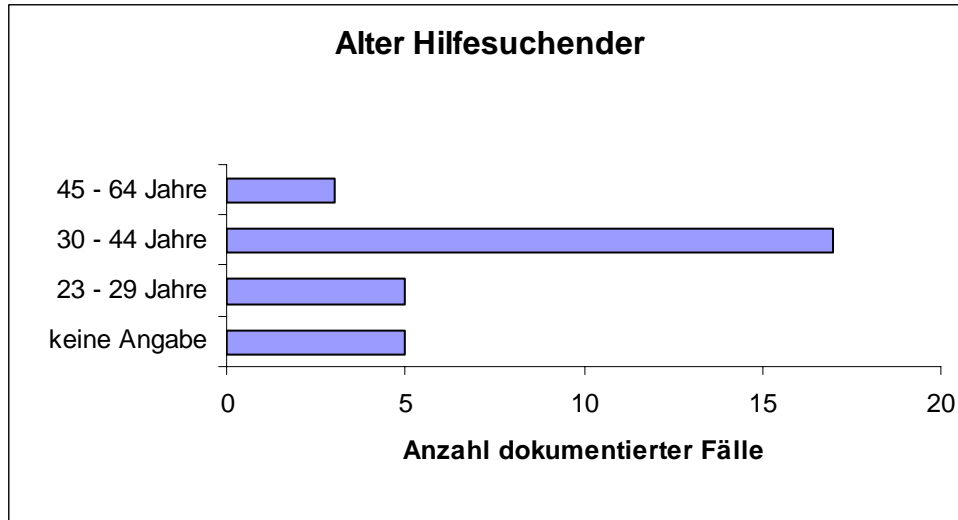
• **Orte antischwuler Gewalt**



Nach wie vor sind die Orte der Gewalt schwerpunktmäßig auf die allgemeine Öffentlichkeit (also Parks, Plätze, Straßen u.ä.) sowie auf die Wohnung des Opfers verteilt. Zweiteres fällt deshalb so ins Gewicht, da eine Vielzahl von Opfern den/die

späteren Täter/n mit der Absicht einer sexuellen Handlung mit in die eigene Wohnung nehmen.

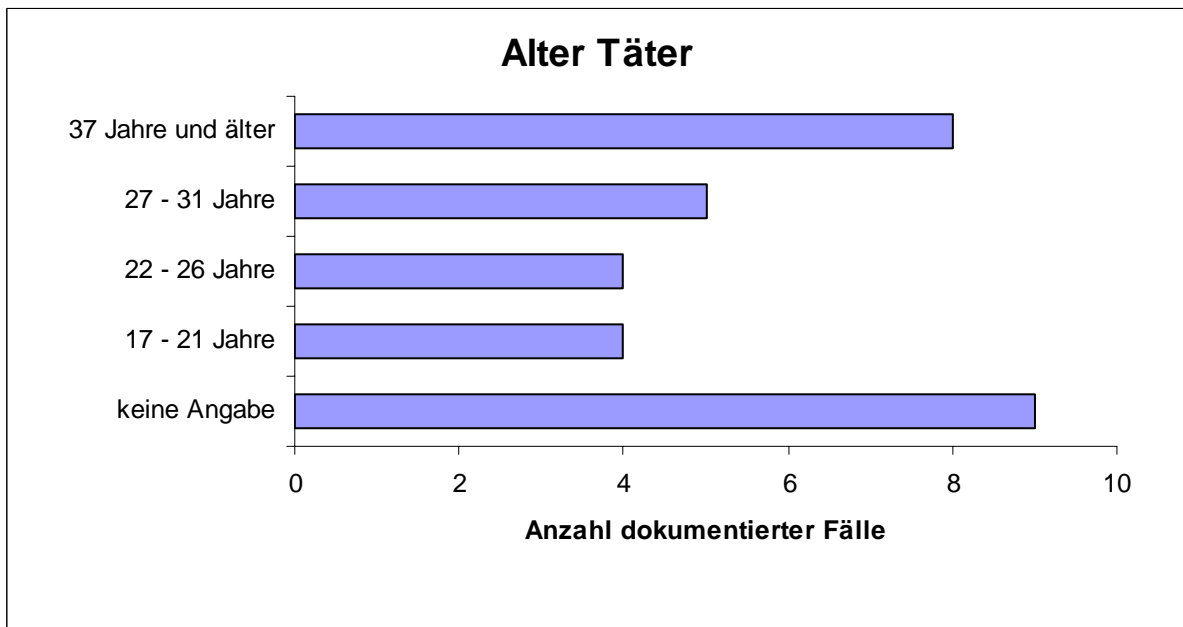
• Altersverteilung der Ratsuchenden



Die von uns ermittelte Altersgruppe, welches überdurchschnittlich häufig (57 %) Opfer von anti-homosexueller Gewalt, zumindest Ratsuchender bei uns war, liegt im Jahr zwischen 30 und 44 Jahren.

Jüngere Ratsuchende im Alter von 23 bis 29 Jahren fallen mit 17 Prozent ins Gewicht, ältere Ratsuchende zwischen 45 und 64 Jahre mit 10 %.

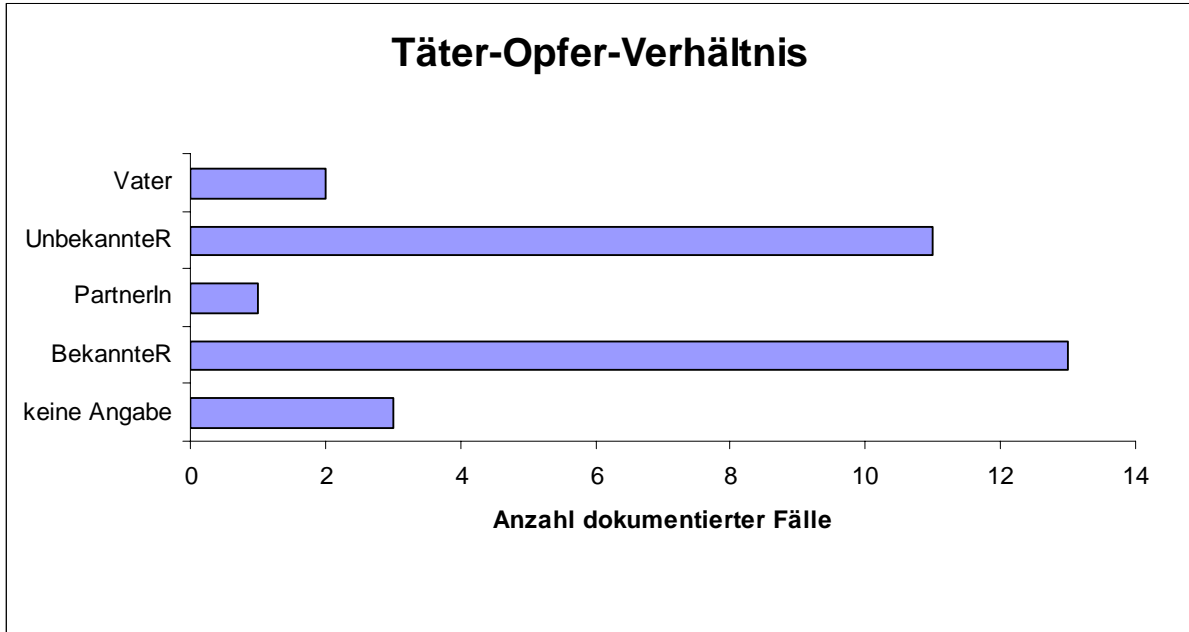
• Täteralter



Mit 44% liegt der Schwerpunkt der Täter in der Altersgruppe von über 27 Jahren. Die Festlegung auf diese Zahl ist allerdings problematisch, da 30% der Opfer das Alter der Täter nicht angeben konnten und von daher die Zahlen nur als richtungweisend, aber nicht als tatsächlich gelten können. Grundsätzlich gilt zu den Angaben über das

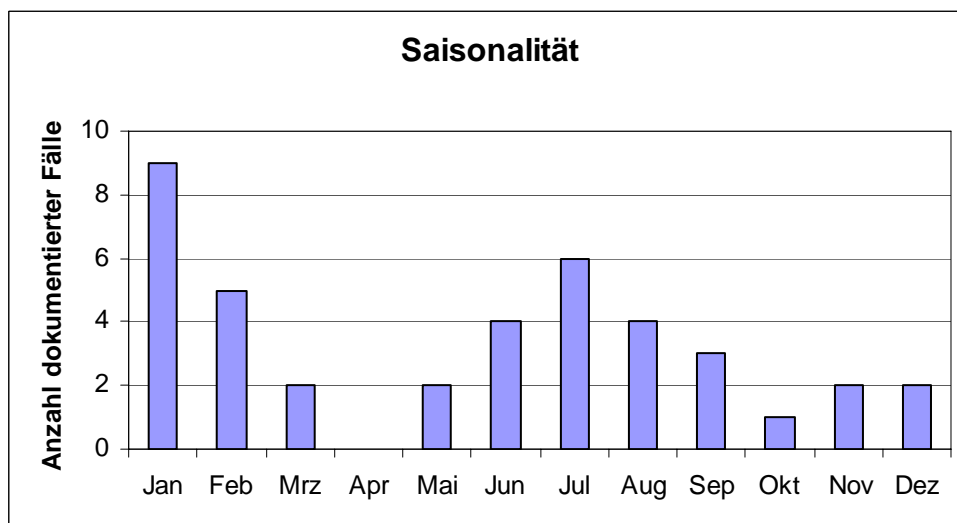
Alter des/der Täter, dass dies Schätzungen der Ratsuchenden sind und dementsprechend nur Vermutungen.

- **Täter-Opfer-Verhältnis**



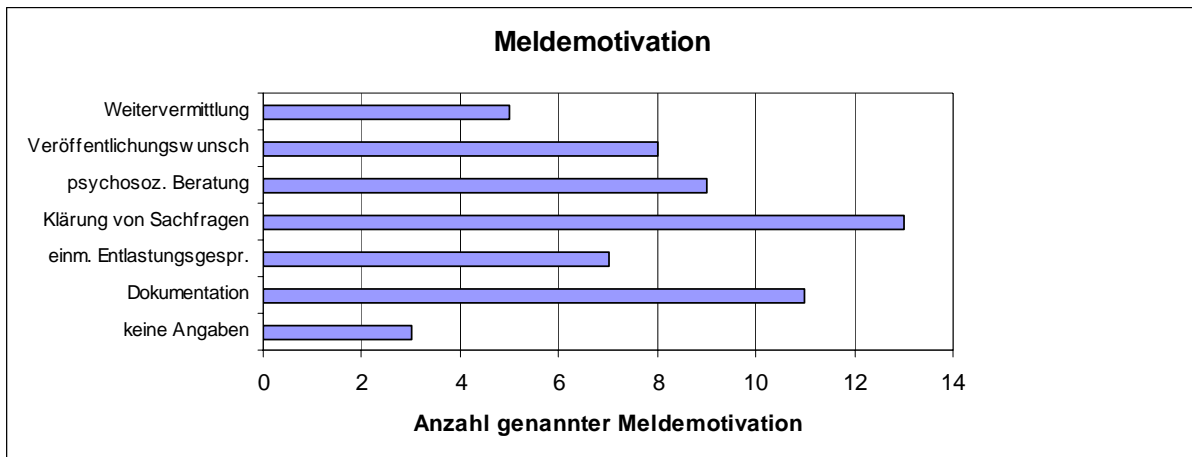
Bei der Frage nach dem Verhältnis zwischen dem Opfer und dem Täter ergibt sich ein polarisierendes Ergebnis. Bei 43% der Opfer war der Täter einE BekannteR, bei 37% einE UnbekannteR. Somit kann die Faustregel: „Lass Dich nicht mit Unbekannten ein“ erweitert werden um den Zusatz: „und frage Dich, ob Du Dein Gegenüber wirklich kennst“. Die Präventionsregeln bleiben weiter, z.B. sich in Kneipen von jemandem bewusst zu verabschieden, wenn man jemanden nach Hause mitnehmen wird, so dass ein potentieller Täter weiß, dass auch andere ihn ggf. als Zeugen wiedererkennen werden.

- **Monat der Gewalttat**



In den Monaten Januar und Juli 2005 hatten wir die meisten Anrufer. Gründe dafür liegen wahrscheinlich bei den Feierlichkeiten Silvester und CSD.

- **Meldemotivationen**

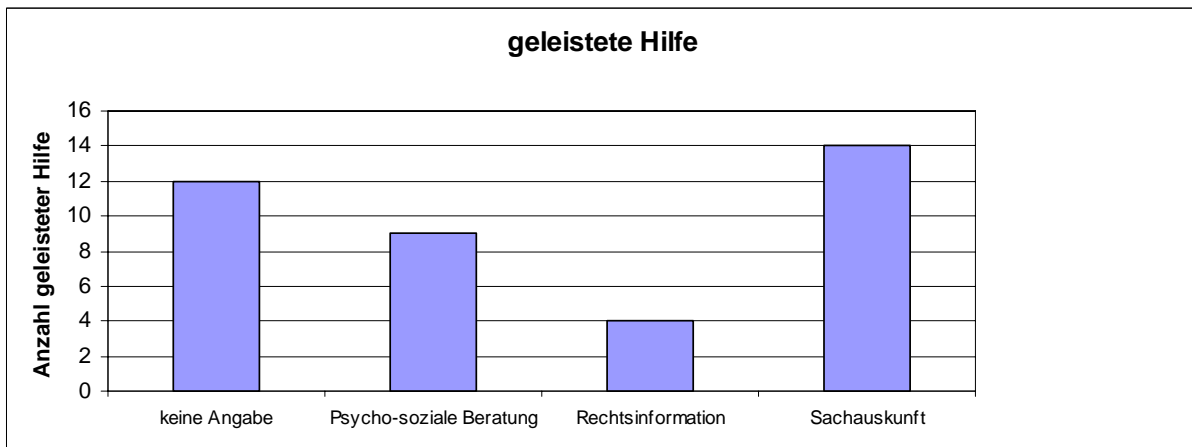


Bei dem Punkt der Meldemotivation waren Mehrfachnennungen möglich.

Ähnlich wie im Jahr 2004 sind die beiden Hauptgründe zur Meldung eines Gewaltdeliktens beim SÜT Köln Klärung von Sachfragen (2004: 10 Personen, 2005: 13 Personen) und Dokumentation (2004: 12 Personen, 2005: 11 Personen) des Tatgeschehens.

Erfreulich für uns Mitarbeiter des SÜT Köln ist der Umstand, dass die dritte Position der Meldemotivation die psychosoziale Beratung mit 9 Fällen einnimmt (im Vorjahr 5 Fälle) und wir uns dadurch in unserem Vorgehen und unserer Arbeitspraxis bestärkt sehen.

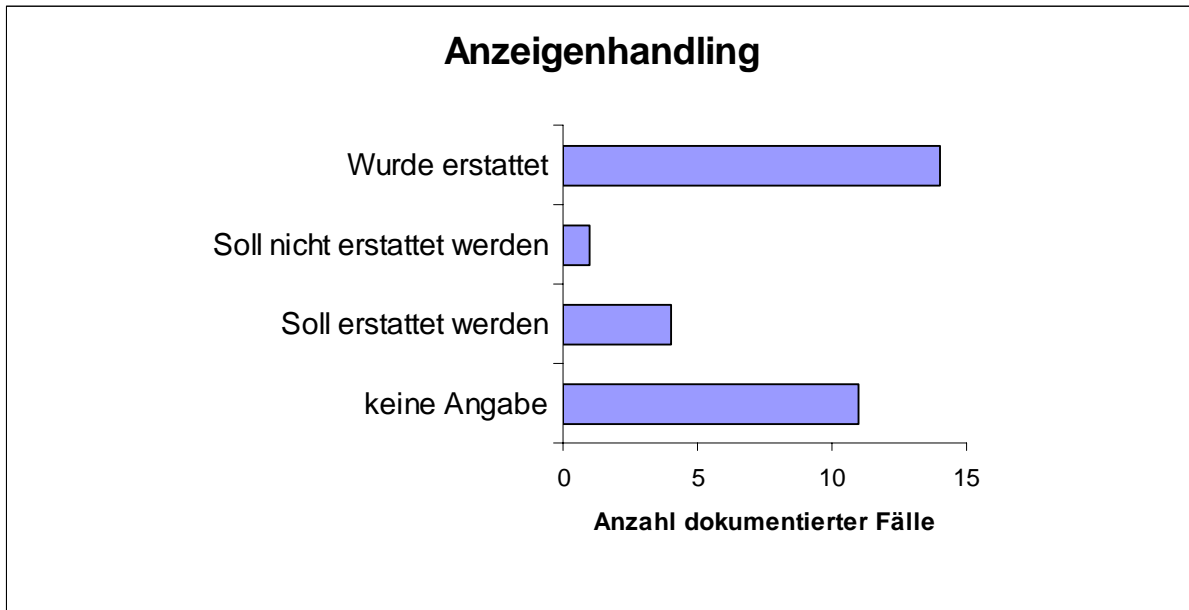
- **Von dem SÜT geleistete Hilfe**



Bei dem Punkt der geleisteten Hilfe waren Mehrfachnennungen möglich.

Im Bereich der geleisteten Hilfe fallen die beiden Positionen der psychosozialen Beratung wie der Sachauskünfte ins Gewicht. Psycho-soziale Betreuung meint unter anderem, Opfern eines Gewaltdeliktens zuzuhören, versuchen, Ängste und Sorgen zu minimieren, gegebenenfalls gemeinsam Lösungsstrategien zu finden oder einfach nur da zu sein. Unter Sachauskünfte fallen zum Beispiel Weitervermittlungen zur Polizei, Rechtsanwälten, Psychologen oder der Klärung eines Sachverhaltes zwecks Anzeigenerstattung.

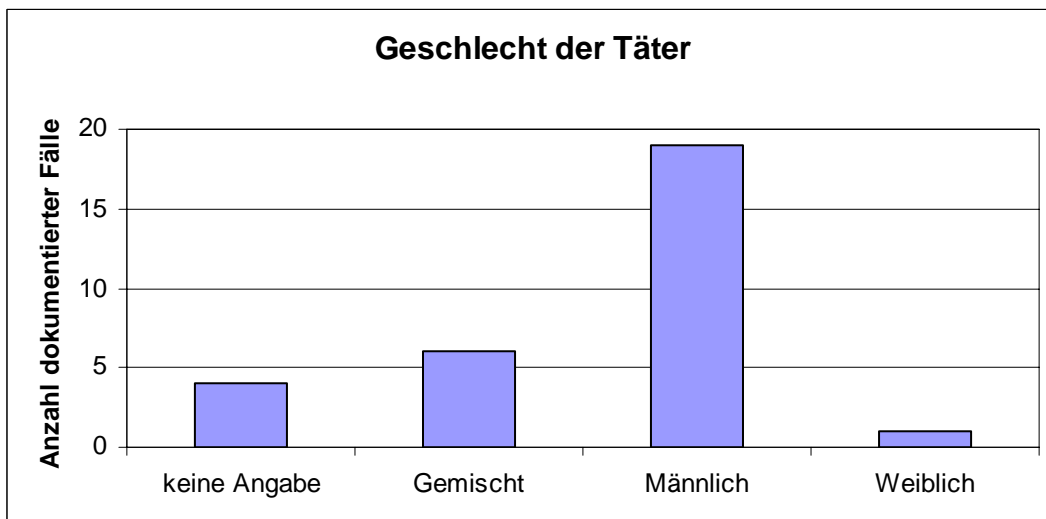
- **Anzeigenhandling**



Der Umstand, dass das Gros aller Gewalttaten zu einer Anzeigenerstattung geführt hat, ist weiterhin äußerst erfreulich (47%). Zeigt es doch, dass die Ängste, als schwuler Mann die Polizei zu kontaktieren, wahrscheinlich nicht so groß sind wie befürchtet. Aus den Gesprächen mit unseren nicht seltenen „selbst bewusst schwulen“ Anrufern wissen wir jedoch, dass sie sich einiges von der Anzeigenerstattung erhoffen: Täterermittlung, Schutz weiterer möglicher Opfer vor dem/Täter(n).

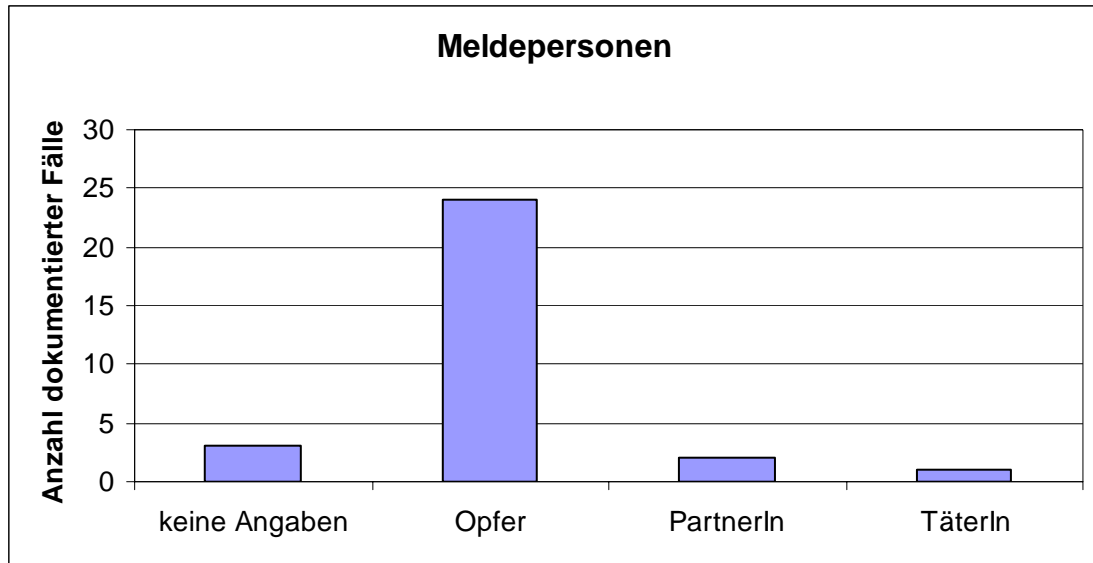
Aber auch diese Zahl gilt nicht als absolut, da immerhin 37% aller uns gemeldeten Fälle keine Angabe bzgl. des Anzeigenhandlings machten.

- **Geschlecht der Täter**



Entgegen der Erwartung, dass anti-homosexuelle Gewalt ausschließlich nur von Männern verübt wird, zeigen die Zahlen des SÜT Köln, das auch weibliche Täterinnen und geschlechtergemischte Gruppen derartige Verhaltensmuster aufzeigen können.

- **Meldeperson**



Nach wie vor gilt, dass uns die Mehrzahl der Gewalttaten vom Opfer gemeldet werden. Leider sind uns von der Polizei oder anderen Institutionen, wie aber auch Privatpersonen, die Zeugen eines Tatgeschehens waren (im Gegensatz zum Jahr 2004) Gewalttaten nur selten gemeldet worden. Dadurch gilt es, ggf. unsere Kooperationen mit anderen Trägern oder Einrichtungen zu modifizieren (s. Punkt V.).

IV. 3 Interne Schlussfolgerungen

Das Schwule Überfalltelefon Kölns 19228 existiert nunmehr seit 14 Jahren und hat einer Vielzahl von Menschen Hilfe leisten können und politische Forderungen sowie gesellschaftspolitische Positionen vertreten.

Nichts desto trotz gilt es, der Zukunft ins Auge zu blicken. Gerade bei einer schwarz/gelben Landesregierung drohen, wie die aktuelle Presse auch widerspiegelt, erhebliche Kürzungen und drastische Einschnitte. Diese werden vornehmlich die sozialen Milieus treffen, die nicht unbedingt ins parteiliche Weltbild der CDU bzw. FDP passen.

Entsprechend sehen die Pläne für die Kürzungen im schwul-lesbischen Bereich aus! Folglich müssen sich die Selbsthilfe-, Beratungs- und Förderprojekte für Homosexuelle modernisieren, reformieren und umstrukturieren, um mit dem weniger an Geld, die gleiche Leistung erbringen zu können.

Zwar ist das Projekt „Schwules Überfalltelefon Köln 19228“ bisher noch nicht gefährdet, doch sicher ist nichts!

Aber nicht nur aufgrund drohender Kürzungen und existentiellen Befürchtungen gilt es, das SÜT Köln 19228 weiter voran zu treiben und auch zukünftigen Opfern die notwendige Beratung zu bieten und nachhaltige Hilfen zu leisten.

Im Rahmen dieses Prozesses fallen für die nächste Zeit folgende Aufgaben an:

- Bestandsaufnahme der öffentlichen Meinung bzgl. des Überfalltelefons Köln

Um herauszufinden, welche Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit intensiviert werden müssen, wie das Bild des SÜT Kölns 19228 in der homosexuellen Szene wahrgenommen wird und vor allem, wie groß der Bekanntheitsgrad des Projektes ist, müssen Daten ermittelt, analysiert und konstruktiv umgesetzt werden. Ein möglicher Rahmen dafür könnte beispielsweise eine Umfrage sein.

- Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit

Es ist wünschenswert, davon auszugehen, daß in den letzten Jahren tatsächlich nicht wesentlich mehr anti-homosexuelle Übergriffe im Kölner Raum stattgefunden haben, als es unsere Statistik aufweist, doch dies ist mehr als fragwürdig. Abhängig von den Ergebnissen der Bestandsaufnahme werden ggf. in dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit Veränderungen oder intensivierte Bemühungen einzelner Schwerpunkte von Nöten sein.

- Konzept um Opfer anti-homosexueller Gewalt, welche sich „außerhalb“ der schwul-lesbischen Szene bewegen, anzusprechen

Fakt ist, dass unsere Öffentlichkeitsarbeit größtenteils innerhalb der homosexuellen Szene stattfindet und wir bisher noch kein passendes Konzept gefunden haben, um auch Opfer anti-homosexueller Gewalt außerhalb der homosexuellen Szene anzusprechen und über uns, unsere Hilfsangebote und die Notwendigkeit der Dokumentation in Kenntnis zu setzen. Über Art und Umfang des Konzepts gilt es noch zu diskutieren.

- Mitarbeiterrekrutierung

Das SÜT Köln 19228 ist ein reines Ehrenamtler-Projekt mit minimalen Finanzmitteln. Gleichsam zu den vorherigen Jahren liegt unser Hauptaugenmerk bei der „Rekrutierung“ neuer Mitarbeiter. Nicht nur, um die Qualität der Beratung zu erhöhen, sondern auch um die Hilfsangebote unsererseits aufrechterhalten zu können und ggf. auszubauen. Im Moment können wir zwei feste Beratungstage durch drei ehrenamtliche Mitarbeiter anbieten, eine Ausdehnung wäre jedoch erstrebenswert.

- Best- Practice Recherche

Die einzelnen Anti-Gewalt-Projekte in Köln, NRW und bundesweit stehen nicht in direkter Konkurrenz zueinander, sondern stellen vielmehr einen reichhaltigen Pool an Informationen, Erfahrungen und Möglichkeiten dar. Das SÜT Köln 19228 ist, wie weiter oben beschrieben, in einer Vielzahl von

Netzwerken und übergeordneten Organisationen vertreten. Eben diese Netzwerke, Organisationen oder andere Institutionen bieten einen Erfahrungsaustausch und die Möglichkeit, von gut laufenden Arbeitskonzepten zu lernen. Vordergründig im Jahr 2006 ist es unser Wunsch, mit dem Schwulen Überfalltelefon Berlin (Maneo) und dem Projekt SchLAu NRW den Erfahrungsaustausch zu intensivieren (s. Punkt V.)

▪ Ggf. Namensänderung

Um den weiterentwickelten Begriff „Gewalt“ gerecht zu werden, ist die Diskussion, vor allem mit dem LSVD, fortzusetzen, den Namen unseres Projektes zu verändern, ob und wie dadurch eben diesen neuen Anforderungen gerecht werden zu können.

V. Perspektiven / Ausblick

Ähnlich wie in den Jahren zuvor, haben wir trotz unseres Bemühens, die Daten möglichst genau und detailliert aufzunehmen, eine Mehrzahl an Fällen mit ungenauen Beschreibungen.

Gründe hierfür sind vielschichtig:

Teilweise verbieten die Datenschutzbestimmungen ausführlichere Datensicherungen, teilweise ist das Opfer der Gewalttat zu keinen genaueren Angaben durch noch vorhandene Ängste oder anderen Problemen in der Lage oder die zurückhaltende Form der Gesprächsführung nach Rogers ermöglicht keine statistischen Angaben.

So wird es weiterhin immer schwierig für uns, unsere Jahresberichte kongruent zu unserer tatsächlich geleisteten Hilfe zu formulieren.

Ebenso gilt es, das Projekt SÜT Köln 19228 weiter in der Öffentlichkeit voran zu treiben und bekannt zu machen, da anti-homosexuelle Gewalt leider immer noch alltäglich ist und unsere Aufgabe, wie die Aufgabe der anderen anti-homosexuellen Gewaltprojekte, präventive Maßnahmen zu entwickeln, Opfern zu helfen, Fälle zu dokumentieren und den Trend der Gesellschaft bzgl. Gewalt gegen Schwule und Lesben entgegenzuwirken.

Für das Jahr 2006 gelten auf Grund dessen folgende Aufgabenschwerpunkte:

1. Mehr Öffentlichkeitsarbeit
2. unsere Forderung nach einer Dokumentationsstelle über antihomosexuelle Gewalt in Deutschland gezielt zu vertreten
3. SÜT Forum
4. Gewünschte Kooperationen: SÜT Berlin (Maneo) und SchLAu NRW

Zu 1)

Es gilt, unsere Bemühungen voranzutreiben, mehr Schwule (und Lesben), die Opfer von Gewalttaten werden, davon zu überzeugen, auch diese zu melden.

Nicht nur, damit sich die Opfer weniger allein gelassen fühlen und professionelle Hilfe in Anspruch nehmen können, sondern auch, um unsere Handlungsgrundlage

gegenüber anderen Institutionen, wie beispielsweise der Polizei Kölns, zu stärken und die Wichtigkeit des Projektes zu betonen. Fakt ist auch, dass Anti-Gewalt- Arbeit nicht nur ausschließlich Krisenintervention bedeutet, sondern vor allem auch Gewalt-Prävention. In diesem Zusammenhang muss weiterhin die Arbeit des SÜT Köln 19228, vor allem dessen Dokumentation, gesehen und verstanden werden.

Zu 2)

Die Polizei Köln dokumentiert anti-homosexuelle Gewalt nicht, da andernfalls die Möglichkeit bestehen würde, das Opfer selbst, anhand der gespeicherten Daten, als „schwul“ zu erfassen (s. Punkt: III.3)

Deshalb ist es im Allgemeinen wichtig, und uns darüber hinaus weiterhin ein großes Anliegen, eine bundesweite und einheitliche Dokumentationsstelle über anti-homosexuelle Gewalt in Deutschland einzurichten. Im Moment können keine genauen statistischen Daten bezüglich der Gewalt gegen Schwule und Lesben in Deutschland aufgenommen werden, sondern werden lediglich länderweit in wenigen Projekten zusammengefasst. Dadurch gibt es eine große Dunkelziffer, die den tatsächlichen Trend in der Gesellschaft bezüglich anti-homosexueller Gewalt nicht anzeigen kann.

Ferner könnte eine Dokumentationsstelle über anti-homosexuelle Gewalt in Deutschland Ausgangspunkt für die empirische, soziale und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema darstellen.

Zu 3)

Im Jahresbericht 2004 schlugen wir ein bundesweites Treffen von Einrichtungen vor, die sich mit anti-homosexueller Gewalt beschäftigen. Leider wurde unser Vorschlag nicht umgesetzt. Gründe dafür liegen in der Organisation, der Bürokratie, der Finanzierung, der Schwierigkeit der Ehrenamtlichkeiten in einer Vielzahl von Projekten und ähnlichem. Wir schlagen auch weiterhin für 2006 ein bundesweites Treffen von entsprechenden Einrichtungen vor, da neue Netzwerk gegründet, Handlungsstrategien überdacht, Fragestellungen nach wissenschaftlichen Studien zu dem Thema konkretisiert und neue Aufgabenkataloge geplant werden müssten.

Zu 4)

Fakt ist, dass in Zeiten der finanziellen Umstrukturierungen und der institutionellen Neuorientierungen neue Kooperationen und fachlicher Austausch in Wichtigkeit stetig zunehmen. Für das Jahr 2006 wären für das SÜT Köln 19228 zwei Projekte besonders interessant, zu denen ein Kontakt aufgebaut bzw. intensiviert werden soll:

1. Das Maneo (Schwules Überfalltelefon Berlin) wurde im Rahmen eines Hochschulprojektes neu strukturiert und umorganisiert. Seit dem arbeitet das Maneo effektiver und es erscheint sinnvoll, mit gut laufenden Projekten eine Kooperation zu initialisieren, die der Klientel der Überfalltelefone zu Gute kommen. (s. IV.3)

Ein Erfahrungsaustausch gilt als Basis der Zusammenarbeit.

2. Das Netzwerk der schwul-lesbischen Aufklärungsprojekte in NRW „SchLAU NRW“ ist ein Zusammenschluss von 15 lokalen Aufklärungsgruppen in NRW. Gerade in Schulen gibt es oft deutliche Ablehnungen gegenüber homosexueller Lebensweisen. Schüler und Schülerinnen sind teilweise Mobbing, physischer und psychischer Gewalt im extremen Maße ausgesetzt. Das SÜT Köln möchte nicht den Arbeitsfeldern des Anyway, des Rubicons oder anderen Projekten vorweggreifen, aber den speziellen Erfahrungsschatz anbieten, um bei Gewalttaten gegenüber homosexuellen Jugendlichen sinnvolle und zielgerichtete Hilfe anbieten zu können, ferner aber auch derartige Gewalttaten zu dokumentieren. Die Kooperation könnte darin begründet sein, dass das Schulprojekt im Rahmen ihrer Arbeit ggf. über die Arbeit der SÜTs informiert und auch hier ein Erfahrungsaustausch zwischen den Mitarbeitern des Schulprojektes und des SÜT Köln 19228 stattfinden kann.

Das Schwule Überfalltelefon Köln wird auch im Jahr 2006 für die Opfer anti-homosexueller Gewalt eintreten, sie beraten, Entwicklungen der Gesellschaft beobachten und politische Möglichkeiten nutzen, auf Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen.

Doch wir sind auf DEINE Mithilfe angewiesen!

-Melde uns Gewalt gegen Schwule oder Lesben, motiviere Opfer von Gewalt sich bei uns zu melden und schau nicht weg, sondern helfe in dem Maße, wie es Dir möglich ist!

Wir freuen uns auch in 2006 über weitere Unterstützung – insbesondere über das Angebot freiwilliger Mitarbeit.

Auch für solche „Meldungen“ steht unser Internetangebot bereit:

www.koeln19228.de - und telefonisch unter: 0221 / 19288 – Mann, ruf ´ an!

Impressum

Herausgeber: Schwules Überfalltelefon Köln 19228
c/o LSVD Ortsverband Köln e.V.
Pipinstr. 7
50667 Köln
Tel.: 0221 – 19228
Fax: 0221 – 925 961 – 11
E-Mail/Internet: beratung@koeln19228.de / www.koeln19228.de

Redaktion: Sascha Facius

Statistik: Knut Wittmann

Grafiken: Knut Wittmann

Druck: www.dgas.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, aus auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

© www.koeln19228.de / LSVD Ortsverband Köln e.V., Köln 2006